

Streitzeit

Nr.12
06.09.2010

Wir sparpaketen uns kaputt

Die Bundesregierung hat ein Sparpaket über 80 Mrd € beschlossen. Die Reichen haben das Geld verzockt, die Armen müssen künftig sparen – auf diese Kurzfassung lässt sich der schwarz-gelbe Plan bringen. Schlimm genug, aber das Sparpaket ist nur ein (gewichtiger) Teil des Problems.

Einbahnstraße Export

Gegenwärtig wird gejubelt – die Krise sei überwunden. In der Tat, ziehen z.B. in der Autoindustrie die Aufträge deutlich an. Aber nur wegen des Exports. Dort und in vielen anderen Bereichen hängt die Binnenkonjunktur zurück. Von Januar bis Juli 2010 stieg der Pkw-Export um 39%, gleichzeitig sank die Zahl der Neuzulassungen in Deutschland um 29%.

Wieder setzt die Wirtschaft vor allem auf die Ausfuhr. Dabei waren die früheren Exporterfolge nicht nur Ausdruck der Qualität, sondern des Preises: Deutsche Waren wurden schlicht billiger. Die Lohnstückkosten fielen – vor allem, weil den Arbeitnehmern in den letzten zehn Jahren ihr Anteil am Produktivitätszuwachs vorenthalten wurde. Im Hochlohnland Deutschland kommen die Löhne nicht vom Fleck. Dadurch stagniert die Binnenfrage. Das 80-Milliarden-Sparpaket verschärft diese Schwäche noch: Es drückt das Wachstum in Deutschland um ca. 1%. Damit entpuppt sich der

vermeintliche Aufschwung als wackelig und geht erneut zu Lasten der anderen EU-Länder.

Höhere Löhne für Europa

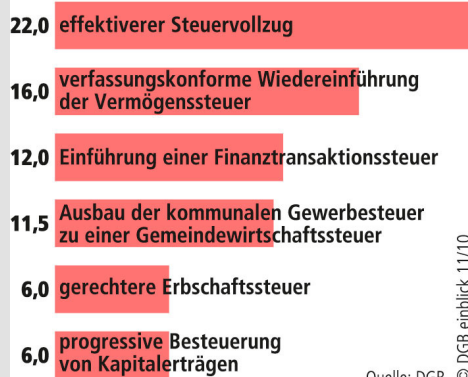
Deutschland und die anderen Überschussländer müssen die EU-Wirtschaft ankurbeln. Dazu gehören: Lohnsteigerungen und öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur.

Ein starker Binnenmarkt schafft Chancen für die EU-Länder, selbst mehr nach Deutschland zu exportieren und die Ungleichgewichte abzubauen.

Kurz- und mittelfristig braucht es für eine solche Wachstumsstrategie höhere Schulden, höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen. Mit der Strategie der „schwäbischen Hausfrau“ ist im Wortsinn kein Staat zu machen.

Statt sozialem Kahlschlag: Einnahmen erhöhen

Mögliche staatliche Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und die geschätzten jährlichen Mehreinnahmen (in Milliarden Euro)



Quelle: DGB

Niedriglohn durch Sparpolitik

Wenn das Sparpaket kommt, trifft es zuallererst die Schwächsten und verschont die Reichen. Spart aber ganz Europa (siehe Spalte), treffen die Auswirkungen dieser Sparwut mittelfristig auch alle Arbeitnehmer.

Wird die Konjunktur abgewürgt, geht das auch zu Lasten der Steuereinnahmen der Kommunen. Die Folgen sind erhöhte Gebühren, das Zurückziehen aus öffentlichen Aufgaben, Verzögerungen von nötigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Mit der bisherigen Wirtschaftspolitik werden Niedriglöhne und Billigjobs nicht gestoppt, sondern ausgeweitet. Mit fatalen Konsequenzen für den Einzelnen und die Gesellschaft.

Werden nicht endlich die Vermögenden über Steuern angemessen an der Finanzierung der

Gesellschaft beteiligt, wird die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgehen. Das Geldvermögen wird stärker denn je bei einer kleinen Minderheit konzentriert. Das steht im Herbst neben dem Sparpaket im Mittelpunkt. Eine andere Politik ist nötig – und sie ist machbar. Wir brauchen einen Kurswechsel!

Europa spart den Aufschwung weg

Die Konjunktur ist in Europa noch lange nicht stabil. Die Wachstumskräfte zu stabilisieren, ist eine zentrale Aufgabe. Stattdessen jedoch wird überall in Europa gespart, mittel- und unmittelbar zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner und Kommunen:

Italien: Rückführung der Staatsausgaben um 24 Mrd € bis 2012. Betroffen vor allem Rentner, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Kommunen, die weniger Mittel aus Rom bekommen. Folge: Erhöhung der Gebühren.

Frankreich: Geplante Einsparungen in den nächsten Jahren rund 100 Mrd €. Maßnahmen sind die Anhebung des Rentenalters und die Streichung von Beamtenstellen. Immerhin soll eine Reichensteuer eingeführt werden.

Großbritannien: Geplante Einsparungen: 7,2 Mrd €. Vor allem durch Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, zwei Nullrunden, Kürzungen im Sozialbereich wie die Deckelung des Kindergeldes.

Spanien: Geplante Einsparungen bis 2014: 50 Mrd €. Umgesetzt durch Reduzierung der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst um 90% oder Kürzung der Gehälter.

ViSdP Timo Günther
DGB-Bezirk Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089-51 700-210
Telefax: 089-51 700-211
E-Mail: bayern@dgb.de
Homepage: www.bayern.dgb.de